



Liebe Leserinnen und Leser!

Anfang nächsten Jahres wird der Grundstein für das Mahnmal für die Opfer des Kommunismus gelegt. Der Standort im Spreebogenpark könnte kaum geeigneter sein: Täglich passieren Tausende Menschen diesen Ort. Im Zusammenhang mit dem Mahnmal stellt sich die Frage, an welchem Tag künftig das offizielle Gedenken stattfinden soll.

Die UOKG vertritt hierzu eine klare Position: Wir befürworten den 23. August, den Europäischen Gedenktag für die Opfer aller totalitären und autoritären Regime. Dieser Gedenktag wurde vom Europäischen Parlament beschlossen und insbesondere von den Staaten Mittel- und Osteuropas angeregt.

In Deutschland gibt es bislang keine Festlegung auf Bundesebene. Das Mahnmal könnte daher ein geeigneter Anlass sein, diese Diskussion voranzubringen. Der 23. August erinnert zugleich an die Unterzeichnung des Hitler-Stalin-Pakts. Dabei geht es nicht um eine Gleichsetzung von SED-Diktatur und Nationalsozialismus. Vielmehr sollen die Opfer aller totalitären Systeme Erinnerung, Anerkennung und Würdigung erfahren.

Ihr Dieter Dombrowski

Bund startet Gestaltungswettbewerb für Mahnmal für die Opfer der kommunistischen Diktatur

Es ist ein historischer Meilenstein: Der Bund hat am 17. März 2026 den internationalen Wettbewerb für die Gestaltung des „Denkmals zur Mahnung und Erinnerung an die Opfer der kommunistischen Diktatur in Deutschland“ eröffnet.

Entstehen soll das Mahnmal an prominenter Stelle im Berliner Spreebogenpark, direkt zwischen Bundeskanzleramt und Bundestag. Mehr als drei Jahrzehnte nach Ende der SED-Diktatur wird damit ein Gedenkort geschaffen, der das erlittene Unrecht endlich sichtbar macht. Er wird an all jene erinnern, die unter kommunistischer Gewaltherrschaft verfolgt, entrechtet, inhaftiert, verschleppt oder ermordet wurden.

Zugleich würdigt es den Mut all jener, die sich der Diktatur widersetzt, für Freiheit und Menschenrechte eingesetzt und oftmals persönliche Nachteile oder schwe-

res Leid auf sich genommen haben. Für die UOKG ist die Eröffnung des Wettbewerbs ein bedeutsamer Schritt. Bereits im Jahr 2008 hatte die UOKG eine Initiativgruppe zur Errichtung eines solchen Mahnmals gegründet und sich seitdem mit großem Engagement für dessen Verwirklichung eingesetzt.

Unser Bundesvorsitzender Dieter Dombrowski betont: „Die Auslobung des Wettbewerbs [...] markiert einen wichtigen Schritt auf dem Weg zu einer sichtbaren Erinnerungskultur. Das geplante Mahnmal soll das Leid der Opfer anerkennen und ihr Gedenken fest im öffentlichen Bewusstsein und in der Mitte unserer Gesellschaft verankern.“

Der Wettbewerb wurde von der Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch den Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, ausgelobt.



Standort Spreebogenpark in Berlin. Foto: flickr, Chad Davis, CC BY 2.0

Bundestag wählt Evelyn Zupke wieder zur SED-Opferbeauftragten

Herzlichen Glückwunsch an Evelyn Zupke zur Wiederwahl als SED-Opferbeauftragte des Deutschen Bundestages. Mit großem Engagement, klarer Haltung und viel Empathie hat sie sich in den vergangenen Jahren für die Interessen der Betroffenen des SED-Unrechts eingesetzt und die Aufarbeitung der DDR-Diktatur mit Nachdruck vorangebracht. Besonders ihr Einsatz für die Verbesserung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze hat wichtige Impulse gesetzt, um Betroffene besser zu unterstützen und bestehende Ungerechtigkeiten weiter abzubauen.

Ihre Arbeit hat dazu beigetragen, das Leid der Opfer sichtbarer zu machen, Erinnerung wachzuhalten und wichtige gesellschaftliche Debatten anzustoßen. Die Wiederwahl ist deshalb auch ein



Evelyn Zupke beim Verbändetreffen der UOKG im Sommer 2025. Foto: UOKG

starkes Zeichen der Anerkennung für ihre bisherige Arbeit und ihr unermüdliches Engagement. Für die kommende Amtszeit wün-

schen wir weiterhin viel Kraft, Erfolg und Unterstützung bei dieser wichtigen Aufgabe!

Sandra Czech

Bund startet Gestaltungswettbewerb für Mahnmahl – Fortsetzung von Seite 1

Die Durchführung und Koordination liegen beim Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR).

Ziel des Wettbewerbs ist es, einen künstlerisch überzeugenden und zugleich würdigen Entwurf zu finden, der den vielfältigen Erfahrungen der Betroffenen gerecht wird und künftige Generationen zur Auseinandersetzung mit den Folgen kommunistischer Diktaturen anregt.

Auch Kulturstatsminister Wolfram Weimer unterstreicht die Relevanz: „Wir schaffen endlich einen Ort für die Opfer [...], auf den viele Betroffene und ihre Angehörigen seit Jahrzehnten warten.“ Es sei ihm wichtig, dass viele Betroffene diesen Ort noch selbst erleben können.

Der Wettbewerb wird von einer Koordinierungsstelle der Bundes-

stiftung Aufarbeitung in enger Zusammenarbeit mit der UOKG begleitet.

Nach der Bekanntmachung am 17. März 2026 gingen beim BBR mehr als 85 Bewerbungen ein. Diese wurden von einem Auswahlgremium, dem auch Dr. Christian Sachse von der UOKG angehörte, geprüft und bewertet. Aus dem Bewerberfeld wurden 25 Teilnehmer ausgewählt, die nun bis zum 22. September 2026 ihre Entwürfe einreichen können.

Nach umfangreichen Vorprüfungen und der Anonymisierung der eingereichten Arbeiten wird das Preisgericht am 17. und 18. November 2026 über die Entwürfe beraten und entscheiden.

Die Perspektive der Betroffenen ist dabei angemessen vertreten: Mit Dieter Dombrowski, Evelyn Zupke und Dr. Anna Kaminsky ge-

hören dem Gremium Persönlichkeiten an, die sich seit vielen Jahren für die Interessen der Opfer und die historische Aufarbeitung einsetzen.

Die Ergebnisse des Wettbewerbs sollen im Januar 2027 öffentlich präsentiert werden. Anschließend kann die konkrete Realisierung des Mahnmahls beginnen.

Der Bau ist derzeit für die Jahre 2027 bis 2028 vorgesehen. Für Wettbewerb und Realisierung stellt der Bund insgesamt fünf Millionen Euro zur Verfügung.

Die Bundesstiftung Aufarbeitung und die UOKG stellen den Wettbewerbern ausführliche Hintergrundinformationen zum Thema bereit und sind für deren Fragen jederzeit ansprechbar.

Sandra Czech

www.tinyurl.com/mahnmal26

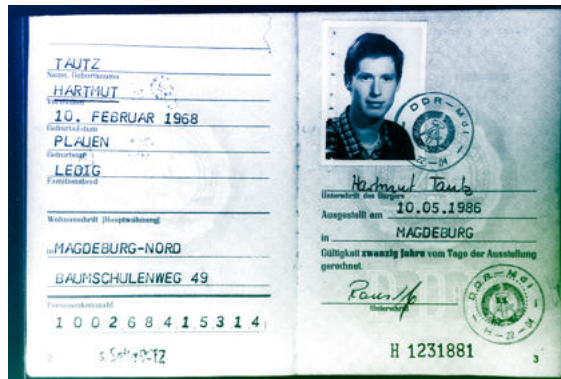
Erinnerung braucht einen Ort: Spendenaufruf für Hartmut Tautz

Nur 22 Meter trennten den 18-jährigen Hartmut Tautz im August 1986 von der Freiheit. Sein grausamer Tod am Eisernen Vorhang bei Bratislava darf nicht in Vergessenheit geraten. Helfen Sie uns, ihm und anderen Opfern der kommunistischen Gewaltherrschaft ein würdiges Denkmal zu setzen.

Hartmut Tautz sah für sich keine Zukunft in der DDR. Sein Weg in die Freiheit endete jedoch tragisch im Maisfeld kurz vor der rettenden österreichischen Gemeinde Kittsee. Er wurde von Diensthunden der tschechoslowakischen Grenzschutzschwer verletzt – die Soldaten verweigerten die Erste Hilfe und verhörten ihn zunächst.

Auf eine Privatinitiative von Alexander Heise und Wolfgang Bachkönig hin soll nun direkt an der österreichisch-slowakischen

Grenze eine zweiteilige Gedenktafel aufgestellt werden. Sie erinnert an das grausame Schicksal von Hartmut Tautz und würdigt das Burgenland als damaliges Sinnbild der Freiheit für viele Flüchtende. Wir unterstützen dieses Projekt – mit Ihrer Hilfe!



Die UOKG unterstützt das Vorhaben aus tiefster Überzeugung: Die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (BStA) hat bereits auf unser Bestreben hin För-

dermittel in Aussicht gestellt, für die Umsetzung sind jedoch Eigenmittel zwingend erforderlich.

Unser Ziel: Die feierliche Einweihung der Gedenktafel noch in diesem Jahr!

Bitte helfen Sie uns, den notwendigen Eigenanteil aufzubringen. Jede Spende trägt dazu bei, dass das Schicksal von Hartmut Tautz als Mahnung für ein freies Europa sichtbar bleibt. Bitte spenden Sie an die folgende Bankverbindung:

UOKG e.V.
Deutsche Bank Berlin
IBAN: DE 7910 0700 2407 3427 2800
BIC: DEUTDE33HAN

Zweck: SPENDE TAUTZ

Über den Fortgang des Projektes halten wir Sie auf [\[www.uokg.de\]](http://www.uokg.de) und unseren Sozialen Medien auf dem Laufenden. Danke!

Bundesrat stimmt Verordnungen zu gesundheitlichen Folgeschäden zu

Wie bereits von uns angekündigt, hat der Bundesrat am 8. Mai 2026 den Verordnungen zur Konkretisierung der gesetzlichen Vermutungsregelungen im Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz, im Verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetz und im Häftlingshilfegesetz zugestimmt.

Damit ist der entscheidende Schritt erfolgt. Mit inhaltlichen Änderungen ist nun nicht mehr zu rechnen. Ausstehend ist nur noch die amtliche Verkündung. Nach den beschlossenen Verordnungstexten sollen die neuen Regelungen mit Wirkung vom 1. Juli 2025 in Kraft treten und damit rückwirkend ab diesem Zeitpunkt gelten.

Vorgesehen ist eine deutliche Erleichterung für Betroffene: Bei bestimmten schädigenden Ereignissen und bestimmten gesundheitlichen Schädigungen soll der ursächliche Zusammenhang künftig vermutet werden. Das kann die Anerkennung gesundheitlicher Folgeschäden erheblich erleichtern und die Prüfung des ursächlichen Zusammenhangs in typischen Fallkonstellationen vereinfachen.

Das gilt neben der bereits erwähnten rehabilitierten Freiheitsentziehung nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz auch beispielsweise bei Maßnahmen zur Verhinderung der Flucht nach dem Häftlingshilfegesetz sowie bei Zersetzungsmaßnahmen nach dem Verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetz.

Aus unserer Sicht erfassen die Verordnungen die wesentlichen

einschlägigen Fallgruppen sowohl bei den schädigenden Ereignissen als auch bei den gesundheitlichen Schädigungen.

Wir begrüßen diese Entwicklung ausdrücklich. Bereits im Vorfeld hatten wir auf die geplanten Änderungen hingewiesen und konnten den Entstehungsprozess fachlich begleiten und unterstützen. Umso erfreulicher ist es, dass die Verordnungen nun die Zustimmung des Bundesrates erhalten haben.

Die Bundesratsdrucksachen und die dazugehörigen Beschlüsse des Bundesrates sowie die Stellungnahme der UOKG vom Dezember 2025 haben wir auf unserer Webseite verlinkt.

Martina Kegel

[\[www.tinyurl.com/nl260101\]](http://www.tinyurl.com/nl260101)

Veranstaltungen

Veranstaltungen zur Wanderausstellung „Jugendstrafvollzug in der DDR“

Vom 11. Dezember 2025 bis 17. Februar 2026 wurde auf dem Gelände der ehemaligen Stasi-Zentrale in Berlin-Lichtenberg die Wanderausstellung „Jugendstrafvollzug in der DDR“ präsentiert. Veranstaltungsort war das Gebäude „Haus 22“ auf dem heutigen Campus für Demokratie.

Die Ausstellung wurde von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft gemeinsam mit dem Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv sowie dem Verein Zeit-Geschichte(n) e. V. organisiert und wissenschaftlich begleitet.

Ziel der Ausstellung war es, ein bislang wenig bekanntes Kapitel der Geschichte der Deutschen Demokratische Republik sichtbar zu machen: den Jugendstrafvollzug und die Situation junger Menschen in den sogenannten „Jugendhäusern“.

Auf 16 Ausstellungstafeln sowie anhand von originalen Objekten, Fotografien und persönlichen Dokumenten ehemaliger Häftlinge wurde der Haftalltag in Einrichtungen wie Halle, Dessau, Hohenleuben und Torgau dargestellt. Die



Wanderausstellung in Haus 22 am Campus für Demokratie. Foto: UOKG

Präsentation zeigte, dass der Alltag der Jugendlichen von strengen Regeln, Zwangsarbeit, militärischem Drill und systematischer Drangsalierung geprägt war, zugleich aber auch von individuellen Formen des Widerstands.

Die Ausstellung wurde von drei begleitenden Veranstaltungen eingerahmt.

Die Vernissage am 11. Dezember 2025 begann mit mehreren Grußworten, unter anderem von der

SED-Opferbeauftragten des Deutschen Bundestages Evelyn Zupke sowie Vertreterinnen des Bundesarchivs und der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Im Anschluss folgten zwei zentrale Beiträge: ein historischer Vortrag des Historikers Udo Grashoff über die Struktur und Praxis des Jugendstrafvollzugs in der DDR und ein Zeitzeugengespräch mit dem ehemaligen politischen Häftling Ralf Steeg.

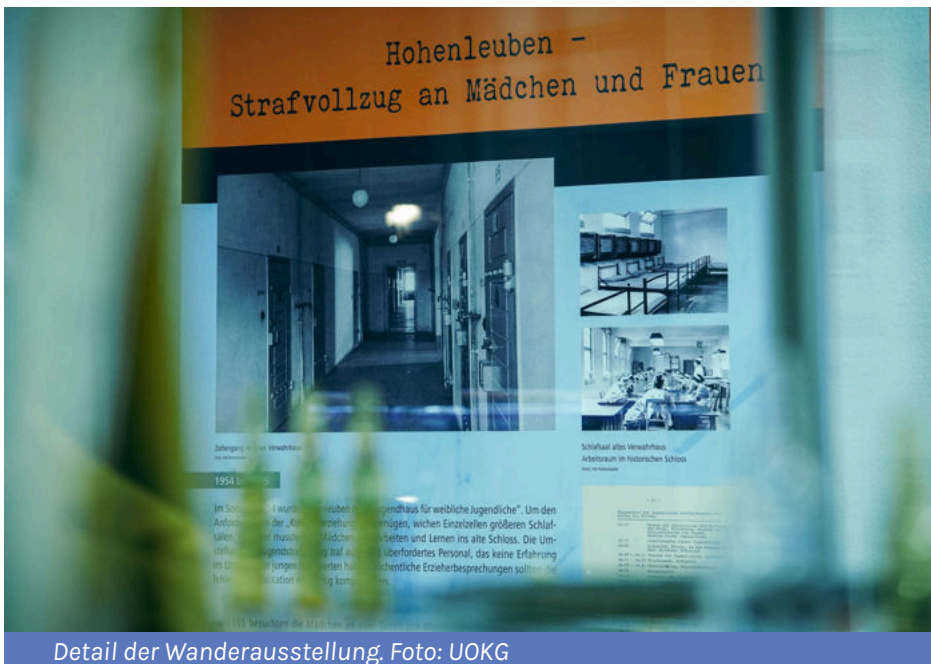
Steeg berichtete über seine Haftzeit als Jugendlicher nach einer versuchten Republikflucht. Seine Schilderungen verdeutlichten den strengen Tagesablauf, die Arbeitsnormen und die teilweise gewaltsamen Hierarchien innerhalb der Haftanstalten.

Am 15. Januar 2026 las die deutsche Autorin und Historikerin Astrid Kreibich aus ihrem 2024 erschienenen Debütroman „Rotstrick“. Das Werk basiert auf dem authentischen Briefwechsel zwischen ihr und ihrem späteren Ehemann während seiner politischen Inhaftierung im Jugendhaus Halle in den Jahren 1988-89.

Mit den erstmals veröffentlichten Briefen aus politischer Haft ist



Zeitzeuge Ralf Steeg und Prof. Dr. Udo Grashoff im Gespräch. Foto: UOKG



„Rotstrick“ ein packendes Zeitzeugnis ostdeutscher Historie kurz vor der Wende und eine hochaktuelle literarische Bestandsaufnahme in Zeiten großer Umbrüche gelungen.

Die Lesung und das Podiumsgespräch können Sie sich auf unserem YouTube-Kanal anschauen.

Den Abschluss der Ausstellung bildete die **Finissage am 17. Februar 2026**. Im Mittelpunkt stand der Work in Progress-Vortrag des Historikers Udo Grashoff mit dem Titel „Makarenko und die Anfänge des DDR-Jugendstrafvollzugs im Jugendhaus Dessau“.

Der Vortrag analysierte den Einfluss des sowjetischen Pädagogen Anton Semjonowitsch Makarenko auf das Konzept der „Erziehung durch Arbeit und Kollektiv“, das im DDR-Strafvollzug eine wichtige Rolle spielte. Dabei wurde erläutert, wie stark sich die Praxis in den Jugendgefängnissen tatsächlich auf diese pädagogischen Ideen berief und in welcher Form sie umgesetzt wurden.

Den Vortrag „Makarenko und die Anfänge des DDR-Jugendstraf-

vollzugs im Jugendhaus Dessau“ haben wir ebenfalls auf unserem YouTube-Kanal für Sie aufgezeichnet.

Die Diskussionen konzentrierten sich auf die Frage, inwiefern der Strafvollzug offiziell als erzieherische Maßnahme konzipiert war und wie stark die tatsächlichen Haftbedingungen davon abwichen. Historische Quellen, Erfahrungsberichte ehemaliger Häftlinge sowie Forschungsergebnisse verdeutlichten, dass der An-

spruch sozialistischer „Umerziehung“ häufig durch autoritäre Disziplinierung, Produktionsarbeit und kollektiv organisierte Strafen geprägt war.

Die drei Veranstaltungen ergänzten die Ausstellung durch fachliche Einordnungen und persönliche Erinnerungen ehemaliger Häftlinge. Dadurch wurde der Ausstellungsbesuch nicht nur zu einer historischen Information, sondern auch zu einem Raum für Erinnerung, Diskussion und gesellschaftliche Aufarbeitung.

Die Ausstellung wandert nun weiter und ist an folgenden Orten zu sehen:

- vom 15. April bis 15. Mai 2026 in der Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden
- vom 21. Mai bis 30. Juni 2026 im Landesarchiv Merseburg;
- im September/Oktober 2026 im Erinnerungsort Torgau
- vom 16. bis 27. November 2026 im Stadtarchiv Dessau

Sandra Czech

[\[www.youtube.com/@uokgnews\]](https://www.youtube.com/@uokgnews)

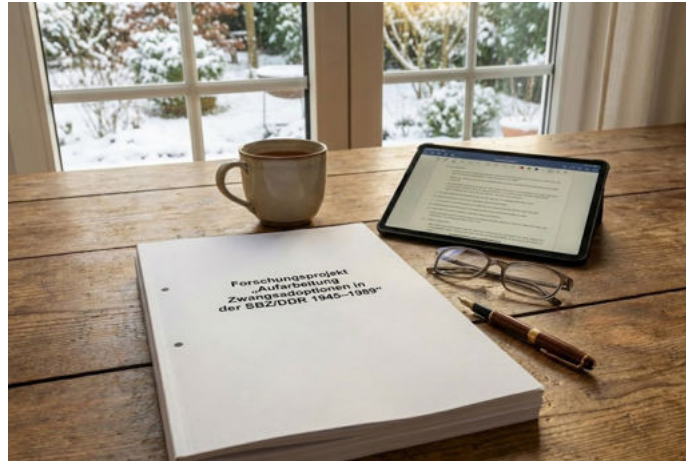


Studie zu Zwangsadoptionen in der DDR: Bestätigung von Systemunrecht

Die Konferenz der Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur hat am 22. Januar 2026 in einer gemeinsamen Presseerklärung die Ergebnisse des vom BMI in Auftrag gegebenen und geförderten Forschungsprojektes „Aufarbeitung Zwangsadoptionen in der SBZ/DDR 1945–1989“ veröffentlicht. Die Studie, durchgeführt von einem interdisziplinären Team mehrerer Universitäten unter Leitung des Deutschen Instituts für Heimerziehungsforschung, schließt eine wesentliche Lücke in der Aufarbeitung des DDR-Unrechts.

Die wissenschaftlichen Ergebnisse untermauern die langjährigen Erfahrungen der Landesbeauftragten aus der Beratungspraxis. Viele Eltern und Kinder mussten in der DDR massive staatliche Eingriffe in ihre Familienbeziehungen erleiden, die oft bis zum

dauerhaften Kindesentzug führten. Die Studie bestätigt, dass Adoptionen als endgültige Trennung nicht selten unter erheblichem staatlichen und institutionellen Druck erzwungen wurden.



Zwar konnte kein Nachweis für ein pauschales, zentral geplantes politisches Vorgehen allein für Adoptionsverfahren gefunden werden, jedoch stellt die Studie klar: Eine Vielzahl der Kindesentzugsmaßnahmen kam durch massive Drucksituationen und unverhältnismäßige Härte zu-

stande. Diese Praktiken sind somit eindeutig als Teil des Systemunrechts der SED-Diktatur zu werten.

Die Untersuchung verdeutlicht, dass staatliches Handeln oft auf der ideologischen Absicht beruhte, Kinder zu „sozialistischen Persönlichkeiten“ zu erziehen. Das Kindeswohl wurde dabei untrennbar mit den Interessen der SED verknüpft. Der Entzug des Erziehungsrechts diente somit auch als Instrument zur Disziplinierung von Eltern, die sich nicht den sozialistischen Moralvorstellungen unterwarfen.

Für die Landesbeauftragten der ostdeutschen Bundesländer sind diese Erkenntnisse essenziell, um Betroffene bei der Klärung ihres Schicksals und der Suche nach Hilfsangeboten noch fundierter unterstützen zu können. Die Studie validiert das von vielen Opfern erlebte Leid als Unrecht.

Eine kritische Auseinandersetzung mit der Studie „Aufarbeitung Zwangsadoptionen“

Die neue Studie des DIH zu den Zwangsadoptionen hinterlässt einen tiefen Spalt zwischen Befund und Bewertung. Einerseits bestätigt sie wissenschaftlich fundiert das massive Leid: Über 1.000 Akten belegen Nötigung, Erpressung und fehlenden Rechtsschutz im Zusammenhang mit Erziehungsrechtsentzügen in der DDR. Ein aktueller NDR-Bericht spricht basierend auf der Studie von über 10.000 Fällen, in denen mit „übertriebener und unverhältnismäßiger Härte“ vorgegangen wurde.

Doch die Studie bleibt auf halbem Weg stehen. Statt den Begriff „Zwangsadoption“ klar zu definieren und damit eine Basis für

echte Rehabilitierung zu schaffen, degradiert sie ihn zu einem vagen „Sammelbegriff“. Die Argumentation: Es habe sich um „systemisches“ (alltägliches), aber nicht um „systematisches“ (planvolles und gezieltes) Unrecht gehandelt, da zentrale Befehle zur Kindswegnahme bei Betroffenen im Einzelfall oft nicht nachweisbar seien. Diese Unterscheidung ist gefährlich und verkennt die Realität der DDR-Diktatur:

- Der Staat schuf gezielt Gesetze, die Willkür legalisierten
- Schutzmechanismen für Eltern wurden bewusst abgebaut
- Systematisches Unrecht in der Gesetzgebung führt zwangsläufig zu systemischem Unrecht im Alltag

Das Ergebnis für die Betroffenen: Die Studie bestätigt zwar Trauma und Unrecht, verweigert aber die nötige begriffliche Schärfe. Damit bleiben betroffene Eltern und Kinder weiterhin ohne Chance auf umfassende juristische Rehabilitierung. Doch eine solche „Lücke“ im Lebenslauf lässt sich nicht mit einem vagen Sammelbegriff schließen, sondern nur durch volle Anerkennung der staatlichen Verantwortung.

Die ausführliche Stellungnahme der UOKG von Tanja Germer finden Sie unter dem folgenden Link auf unserer Webseite:

www.tinyurl.com/uokg26tg

Wanderausstellung „Erziehung durch Arbeit“ zum § 249 der DDR



ERZIEHUNG DURCH ARBEIT „Asoziale“ als Staatsfeinde in der DDR

KONTEXT BIOGRAFIEN STANDORT & STATIONEN

Angelika Kurtz (*1956)

Angelika Kurtz (geb. Krüger) wächst zusammen mit ihren drei Geschwistern in Eberswalde auf. Als sie in der 3. Klasse ist, heiratet ihre Mutter ihren neuen Partner. Für Angelika Kurtz hat dies weitreichende Konsequenzen: Ihr Stiefvater ist gewalttätig. Häufig werden sie und der ältere Bruder verprügelt. Später missbraucht der Stiefvater sie sexuell.

Angelika Kurtz bekommt keine Hilfe in dieser Situation: In der Schule werden die Zeichen der Misshandlungen ignoriert, das Jugendamt glaubt den Eltern mehr als ihr, der sexuelle Missbrauch wird nicht wahrgenommen.

„SEXUELLER MISSBRAUCH, SCHLÄG, UND DANN SETZT SICH DAS ERLEBTE VERHALTEN EIN: WEGRENNEN, WEGRENNEN.“

Angelika Kurtz 2025 im Interview

Angelika Kurtz läuft in ihrer Not immer wieder von zu Hause weg – häufig zu ihrer Oma – und fehlt auch in der Schule. Deshalb wird für sie im Juni 1971 eine vorläufige Heimerziehung und kurz darauf die Einweisung in einen Jugendwerkhof angeordnet. Ende März 1973 wird die noch minderjährige Angelika Kurtz zurück ins Elternhaus entlassen. Dort gehen die Schläge und der sexuelle Missbrauch weiter. Angelika Kurtz flüchtet erneut. Ihre Oma lebt nicht mehr und sie findet Zuflucht bei einer Freundin. Da sie nicht mehr zur Arbeit geht, läuft gegen sie ein Ermittlungsverfahren wegen „asozialen Verhaltens“. Im September 1974 wird Angelika Kurtz bei einer Ausweiskontrolle auf der Straße verhaftet und kurz darauf nach Paragraph 249 zu zwei Jahren „Arbeitsrehabilitation“ verurteilt.

Nach ihrer Entlassung bekommt sie eine kleine Wohnung und eine Arbeitsstelle zugewiesen. Angelika Kurtz verliebt sich und heiratet. Sie bekommt ihren ersten

Webseite des Ausstellungsprojektes „Erziehung durch Arbeit“

Die politisch motivierte strafrechtliche Verfolgung sogenannter Asozialer ist ein wenig beleuchteter Aspekt bei der Betrachtung der Repression im SED-Staat. Betroffenen fällt es vor dem Hintergrund der mit dem § 249 verbundenen Stigmatisierungen immer noch schwer, über Erlebtes zu sprechen.

Verurteilungen aufgrund dieses Paragraphen in der DDR, ob als § 249 bekannt, sei dahingestellt, wurde von der Mehrheit der Bevölkerung kaum kritisch hinterfragt. Es muss vielmehr von einer Befürwortung ausgegangen werden. Auch dürfte nicht vielen DDR-Bürgern bekannt gewesen sein, dass die strafrechtliche Verfolgung vermeintlich Asozialer auf politisch missliebige und nicht ins Bild der DDR-Gesellschaft passende Menschen gezielt hat.

Zwischen 1968 und 1989 gab es ca. 146.000 Verurteilungen nach § 249, darunter etwa 126.000 Gefängnisstrafen. Aufgrund hoher Rückfallquoten muss von unzähligen Folgeverurteilungen ausgegangen werden. Die Hälfte der Verurteilten war unter 27 Jahre alt und es waren im Vergleich zu an-

deren Straftatbeständen mit ca. 25% aller Verurteilungen überdurchschnittlich Frauen betroffen.

Entlang der Lebenswege Betroffener soll das mit Sanktionen einhergehende staatliche Vorgehen nachgezeichnet und ein Bewusstsein für Norm und Abweichung geschärft werden. Dass gerade junge Menschen in der DDR dem gnadenlosen § 249 zum Opfer fielen, soll Ansatzpunkt zur Arbeit mit Jugendlichen zu den The-

men „Diktatur und Unrechtsstaat“ sein.

Am 11. Februar 2026 wurde die in Zusammenarbeit der Ausstellungsagentur Exhibeo und der UOKG entstandene Wanderausstellung durch die SED-Opferbeauftragte Evelyn Zupke im Deutschen Bundestag eröffnet. Besucherinteresse und mediale Aufmerksamkeit waren enorm.

Im Rahmen der Podiumsdiskussion mit Zeitzeugen, den Ausstellungsmachern und einem Juristen wurde deutlich, dass auch Rehabilitierungseinrichtungen zu wenig über Verurteilungen nach § 249 in der DDR wissen und Anträge Betroffener vor diesem Hintergrund häufig pauschal abgelehnt werden. Mit der Ausstellung soll das Spektrum dieser Thematik einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht und der Fokus auf die politische Anwendung dieses Straftatbestandes gerichtet werden.

Ab 22. September 2026 wird die Ausstellung im Menschenrechtszentrum Cottbus zu sehen sein.

Dr. Peter Keup

[www.erziehung-durch-arbeit.de]



Aus den Verbänden

Ein (fast) vergessenes Kapitel der DDR-Geschichte: Die psychiatrische Kinderklinik Neufahrland

Die prachtvolle „Villa Aurea“ (bis vor kurzem „Villa Adlon“) am Lehnitzsee nahe Potsdam ist heute vor allem als Kulisse für hochkarätige Events bekannt. Doch hinter der historischen Fassade verbirgt sich ein langes im Verborgenen gebliebenes Stück ostdeutscher Medizingeschichte: Von 1948 bis 1966 befand sich hier eine psychiatrische Einrichtung für Kinder, die in vielerlei Hinsicht aus dem Raster des sozialistischen Systems fiel. Es ist ein hochgradig emotionales Kapitel der Heimerziehung, das bei den Betroffenen Erinnerungen an tiefe Einsamkeit, aber auch an unerwartete pädagogische Freiräume weckt.

Dank eines zufälligen Aktenfundes auf dem Dachboden des Gebäudes konnte diese Geschichte vor dem Vergessen bewahrt werden. In dem vom Land Brandenburg geförderten Forschungsprojekt „Kinderpsychiatrie in der DDR. Die Villa Adlon und ihr wechselvolles Erbe“ haben die Fachhochschule Potsdam und das Informations- und Begegnungszentrum (IBZ) Königsheide über ein Jahr lang Dokumente ausgewertet und bewegende Interviews



Ehemalige Kinderklinik in Neufahrland, heute „Villa Aurea“. Foto: UOKG

mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen geführt. Die Ergebnisse dieser tiefgreifenden Aufarbeitung wurden im Februar 2026 am historischen Ort der Öffentlichkeit präsentiert.

Die Auswertungen zeichnen ein sehr ambivalentes Bild des damaligen Klinikalltags. Unter der Leitung der Fachärztin Dr. Felicitas Glowik erlebten die Kinder einen erstaunlichen konzeptionellen Freiraum. Anstatt die jungen Patientinnen und Patienten – un-

ter ihnen viele kriegstraumatisierte Kinder, „Bettnässer“ (Enuretiker) oder schlichtweg Kinder, denen „Neurosen“ unterschiedlichster Art attestiert wurde – primär medikamentös ruhigzustellen oder sie gewaltvoll zu einer „sozialistischen Persönlichkeit“ umzuerziehen, verfolgte man in Neufahrland einen ganzheitlichen, heilpädagogischen Ansatz. Freies Spiel, handwerkliche Tätigkeiten und eine individuelle Entwicklungsförderung prägten den Alltag. Für einen Staat, der zunehmend die Unterordnung in das Kollektiv forderte und anthroposophische Ansätze strikt ablehnte, war dies ein bemerkenswerter und mutiger Gegenentwurf.

Dennoch darf dieser fortschrittliche Ansatz nicht über die massiven emotionalen Härten hinwegtäuschen, die für die Kinder zutiefst traumatisch waren und ihre Biografien teilweise bis heute prägen. Ehemalige Patientinnen und Patienten berichten übereinstimmend von einer intensiven emotionalen Deprivation. Besonders einschneidend war die obligatorische Quarantäne bei der Einweisung: Die Kinder wurden



Mitwirkende und ZeitzeugInnen in Neufahrland. Foto: IBZ Königsheide

Klares Signal an die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft – Schweriner Stadtvertretung gegen Denkmalschutz für Lenin-Statue

In Schwerin führt die hoch emotionale Debatte um die überlebensgroße Lenin-Statue auf dem Dreesch zu einer klaren politischen Positionierung: Die Stadtvertretung sprach sich am 23. März 2026 mehrheitlich gegen die Pläne des Landesamtes für Kultur und Denkmalpflege aus, das Monument in die Denkmalliste aufzunehmen.

Zwar liegt die rechtliche Endentscheidung über den Denkmalschutz beim Land Mecklenburg-Vorpommern, doch die Stadt sendet damit ein unmissverständliches erinnerungspolitisches Signal aus.

Im Zentrum der Diskussion standen weniger juristische Fragen, sondern vielmehr die Opferperspektive und die historische Verantwortung. In dem verabschiedeten Beschluss, der maßgeblich auf einen Antrag der Grünen zurückgeht, wird unmissverständlich festgestellt: Für politisch verfolgte, deren Angehörige und für die Opferverbände kommunistischer Diktaturen stellt die Lenin-Statue ein Symbol für Repression, Gewalt und Entrechtung dar. Die

Stadtvertretung bekennt sich ausdrücklich zur besonderen Sensibilität und historischen Verantwortung gegenüber diesen Menschen.

Grünen-Fraktionschef Arndt Müller betonte die moralische Dimension der Entscheidung: Es gehe darum, „wie wir uns erinnern und auf welcher Seite wir stehen“. Nicht Diktatoren, sondern deren Opfer müssten im Mittelpunkt stehen.

Widerspruch kam insbesondere von der Fraktion Die Linke. Gerd Böttger warnte davor, Lenin mit den späteren Entwicklungen der Sowjetgeschichte gleichzusetzen. Sein Fraktionskollege Daniel Trepdorf argumentierte, die „Reibung“ an solchen historischen Artefakten halte die Auseinandersetzung lebendig. Anträge von SPD und Linken auf Einsetzung eines Expertengremiums zur Versachlichung scheiterten jedoch. Auch Ideen, das Umfeld der Statue künstlerisch zu einem Mahnmal umzugestalten (wie von der ASK vorgeschlagen), setzten sich nicht durch.

Nachdem der Landesbeauftragte für MV Burkhard Bley einen kreativen Umgang mit dem DDR-Erbe gefordert hatte, legen UOKG, VOS und die Lagergemeinschaft Workuta im letzten Jahr in einem offenen Brief konstruktive Vorschläge vor. Ziel ist es, ein deutliches Zeichen für Freiheit, demokratische Verantwortung und eine zeitgemäße Erinnerungskultur zu setzen. Die Verbände betonen, dass eine Veränderung des heutigen Umgangs mit der Statue ein wichtiger Schritt wäre, um die Geschichte der kommunistischen Diktatur klar einzuordnen. Andere osteuropäische Länder hätten diesen Weg bereits erfolgreich beschritten.

Fazit des Abends: Die Schweriner Stadtvertretung bezieht mehrheitlich gegen die Eintragung der Lenin-Statue in die Denkmalliste Stellung. Der Beschluss macht deutlich, dass eine unkritische Konservierung von Symbolen kommunistischer Gewaltherrschaft dem Leid der Opfer nicht gerecht wird.

Sebastian Sachse

Ein (fast) vergessenes Kapitel der DDR-Geschichte – Fortsetzung von Seite 8

ohne triftigen Grund tage- bis wochenlang unter strenger Bettruhe von anderen Kindern isoliert. Gepaart mit einem absoluten Besuchsverbot und der Ungewissheit über Grund, Ort und Dauer ihres Aufenthalts, durchlitten viele Kinder gravierendes Heimweh und das Gefühl völliger Verlassenheit.

„Man hat gedacht, die Welt ist zu Ende“, fasst ein Zeitzeuge diese dunklen Momente der Isolation treffend zusammen.

Der therapeutische Sonderweg der Klinik Neufahrland blieb den staatlichen Behörden und dem

Ministerium für Staatssicherheit, das die Einrichtung durch Inoffizielle Mitarbeiter (IM) bespitzeln ließ, nicht verborgen. Im Jahr 1966 wurde die Klinik völlig überraschend geschlossen. Offiziell wurden finanzielle Gründe angeführt, doch die Vermutung liegt nahe, dass das unangepasste, liberale Konzept im Zuge der Umstrukturierung von Kinderheimen in das Kombinat der Sonderheime 1964 politisch schlichtweg nicht länger toleriert wurde.

Bis heute bleiben viele Leerstellen, die das IBZ Königsheide

durch fortlaufende Recherchen weiter aufzuklären versucht.

Aktuell entsteht eine projektbezogene Webseite beim IBZ, und auch eine filmische Dokumentation ist bereits in Arbeit.

Für Interessierte bietet sich voraussichtlich am „Tag des offenen Denkmals“ im September 2026 die nächste Gelegenheit, die historische Villa und die dortige Ausstellung zur Klinik Neufahrland zu besichtigen.

[\[neufahrland.projekte.ibz-koenigsheide.de\]](http://neufahrland.projekte.ibz-koenigsheide.de)

Sebastian Sachse

Gedenken

Gedenktafeln „Die letzte Adresse“ für Horst Kampioni in Frankfurt (Oder) und die Geschwister Kuhfuß in Werder (Havel)

Am 20. März 2026 wurde bei strahlendem Sonnenschein und in Anwesenheit von rund 50 Gästen am Sauerhaus, dem Sitz des Märkischen Medienhauses in Frankfurt (Oder) ein weiteres spätes, aber wichtiges Zeichen der Erinnerung gesetzt. Die 15. deutsche Gedenktafel des internationalen Projekts „Die letzte Adresse“ erinnert fortan an den Fotoreporter Horst Kampioni, der 1953 in Moskau den stalinistischen Säuberungen zum Opfer fiel.

Für die Angehörigen war die feierliche Anbringung der kleinen Metalltafel ein hochemotionales Moment der späten Gerechtigkeit. Neben dem Bruder des Ermordeten nahmen auch seine Schwester Gisela Eggert und seine Tochter Marion Kampioni an der Veranstaltung teil. Begleitet wurde die Zeremonie von mehreren RednerInnen, die an das Schicksal Kampionis und die historische Aufarbeitung erinnerten. Es sprachen unter anderem der Frankfurter Oberbürgermeister Axel Strasser, Karl-Konrad Tschäpe von der lokalen „Gedenkstätte für Opfer politischer Gewaltherrschaft“, die Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der Folgen der kommunisti-



Gedenken an Horst Kampioni in Frankfurt (Oder). Foto: UOKG

schen Diktatur in der DDR, Dr. Maria Nooke, sowie Vertreter der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG) und der MOZ.

Die Biografie von Horst Kampioni steht stellvertretend für die Willkür des sowjetischen Geheimdienstapparates in der Nachkriegszeit. Geboren am 9. Mai 1927 in Frankfurt (Oder) und aufgewachsen in einer Arbeiterfamilie, diente er zum Ende des Zweiten Weltkriegs bei der Kriegsmarine.

1946 trat er in die SED ein. Der gelernte Tischler, der verheiratet und Vater von zwei Kindern war, arbeitete später als Fotoreporter in der Redaktion der Zeitung „Neuer Tag“ in seiner Heimatstadt. Am 1. Oktober 1952 wurde Kampioni direkt an seinem Arbeitsplatz verhaftet. Auch für seine Ehefrau begann ein Martyrium: Am 28. November 1952 sah sie ihren Mann ein letztes Mal im Untersuchungsgefängnis Magdalenenstraße in Berlin.

Das Sowjetische Militärtribunal (SMT) Nr. 48240 verurteilte Kampioni am 26. Dezember 1952 in Berlin-Lichtenberg wegen angeblicher Spionage und Mitgliedschaft in einer konterrevolutionären Organisation zum Tode durch Erschießen. Nach der Ablehnung seines Gnadengesuchs durch das Präsidium des Obersten Sowjets wurde das Urteil am 31. März 1953 im Moskauer Butyrka-Gefängnis vollstreckt. Seine sterblichen Überreste wurden auf dem Donskoje-Friedhof in Moskau verscharrt.

Für ihre herausragenden Verdienste im Bereich der Aufarbeitung des kommunistischen



Foto von Horst Kampioni. Foto: UOKG



Christian Große, Dr. Maria Nooke, Anke Giesen. Foto: Stadt Werder (Havel)

Unrechts wurde die Initiative im Jahr 2018 von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur mit dem Karl-Wilhelm-Fricke-Preis ausgezeichnet.

Mit der 15. Gedenktafel hat Frankfurt (Oder) nun einen dauerhaften Ort der Erinnerung an Horst Kampioni – einen Ort, der mahnt, das vergangene Unrecht nicht zu vergessen. Die Webseite www.donskoje1950-53.de hält auch für Horst Kampioni – wie so viele andere – mehr Hintergrundinformationen bereit.

Sebastian Sachse

Am 21. November 2025 wurde die Erinnerungstafel „Letzte Adresse“ für das Geschwisterpaar Johanna und Karl-Heinz Kuhfuß an deren letzter Wohnadresse in der Carmenstraße 1 in der Baublütenstadt Werder (Havel) angebracht. Initiiert und organisiert wurde die feierliche Zeremonie vom Team MEMORIAL Deutschland unter der Leitung von Dr. Anke Giesen und Mario Bandi und in Zusammenarbeit mit der Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur in Brandenburg, Dr. Maria Nooke. Etwa 40 Gäste,

darunter die Zeitzeugen Werner Bork und Prof. Dr. Sigurd Blümcke, nahmen an der Veranstaltung teil.

Die Geschwister Kuhfuß wurden am 10. Juni 1951 in der elterlichen Wohnung verhaftet und ins MGB-Gefängnis in der Potsdamer Lindenstraße gebracht. Noch im Herbst 1950 hatte Werner Bork seinen Freund Karl-Heinz Kuhfuß gewarnt, nicht nach Werder zurückzukehren und in West-Berlin zu bleiben – die Stasi sei ihnen bereits auf den Fersen. Denn der

hatte 1950 Flugblätter gegen die Einheitslisten zur Volkskammerwahl der DDR verbreitet.

Im Gefängnis Lindenstraße wurden die Geschwister Kuhfuß monatelang verhört und am 15. Januar 1952 in einem Gruppenprozess mit Wilhelm Schwarz und Joachim Trübe durch ein Sowjetisches Militärtribunal zum Tode verurteilt. Nach Ablehnung ihrer Gnadengesuche wurden alle vier am 10. April 1952 im Moskauer Butyrka-Gefängnis hingerichtet. Die Eltern der Geschwister Kuhfuß wurden über das Schicksal ihrer Kinder in völliger Ungewissheit gelassen. Die Mutter zerbrach psychisch, der Vater beging Selbstmord.

Am 3. Oktober 1997 rehabilitierte die Russische Föderation die Geschwister Kuhfuß und gestand somit ein, dass die Todesurteile gegen Johanna und Karl-Heinz zu Unrecht gefällt wurde.

Stefan Krikowski

Weitere Infos über die die Geschwister Kuhfuß, Horst Kampioni und unzählige weitere Opfer finden Sie auf dieser Webseite:

[\[www.donskoje1950-1953.de\]](http://www.donskoje1950-1953.de)



Gedenken und Ehrung an der „Letzten Adresse“. Foto: UOKG

Veranstaltungen

Workshop „Partisanen als ‚Werwölfe‘. Wirklichkeit, Wirkung, Folgen“ in der Gedenkstätte Sachsenhausen

Am 6. Mai 2026 fand in der Gedenkstätte Sachsenhausen unter der Leitung von Dr. Enrico Heitzer und Dr. Andreas Weigel ein Workshop zum Thema „Partisanen als ‚Werwölfe‘“ statt. Das Ziel war, den „Werwolf“-Komplex „im Übergang von Krieg zu Nachkrieg aus historiografischer, rechtshistorischer und erinnerungsgeschichtlicher Perspektive“ aufzufächern und den Begriff „Werwolf“ zu untersuchen. Dieser Begriff steht „sowohl für tatsächliche Versuche, einen Partisanenkrieg gegen die alliierten Truppen im Frühjahr/Sommer 1945 zu führen, als auch für eine viel wirkmächtigere Angstprojektion der Siegermächte und ihre nachwirkenden Deutungsmuster im Kalten Krieg“ – so die Organisatoren.

Bereits am Vorabend bestand die Möglichkeit, an einer Führung über das Gelände des ehemaligen NS-Konzentrations- und späteren sowjetischen Speziallagers Sachsenhausen teilzunehmen. Diese beschränkte sich auf die Zeit des Nationalsozialismus. Eine Begehung des Speziallagers fand nicht statt, was vor dem Hintergrund des Tagungsthemas Fragen aufwirft.

Ein Dokumentarfilm im Anschluss an die Führung mit dem Titel „Der Mordfall Oppenhoff: Werwölfe auf den Trümmern des Nazireiches“ (1985) und das folgende Filmgespräch offenbarten zwar in erschreckender Weise die seinerzeit immer noch stark vertretenen Rechtfertigungstendenzen ehemaliger „Werwölfe“ vor dem Hintergrund eines ausgeführten Auftragsmordes am ersten frei gewählten Bürgermeister der bereits befreiten Stadt Aachen, spiegelte aber vor allem den Umgang mit NS-Tätern auf dem Gebiet der Westalliierten wieder.

Die Keynotes zu Beginn des Workshops thematisierten die „Werwölfe“ in den westlichen Besatzungszonen bzw. im europäischen Kontext. Die anschließenden Panels nahmen, wie im Ankündigungstext beschrieben, die sowjetischen Verhaftungs-, Verurteilungs- (zahlreiche Todesstrafen) und Rehabilitierungspraktiken in den Blick. Konstatiert wurde zwar der Missbrauch von im NS sozialisierten Jugendlichen, es wurden aber auch dezidiert „Täterprofile“ herausgestellt. Sicher gingen die „Werwölfe“ auf gefährliche Weise gegen die Alli-

ierten vor und waren in Teilen von einer nationalsozialistischen Grundhaltung geleitet. Deren Beitritt zu dieser Organisation aber einzig aus den Verhörprotokollen des NKWD zu schlussfolgern, ist problematisch. Das verkennt, dass Aussagen Betroffener in aller Regel unter enormem Druck bzw. Folter erpresst wurden.

Es sei angemerkt, dass nach dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums Anfang der 1990er Jahre ehemalige „Werwölfe“ in nicht unerheblicher Zahl von den neuen Machthabern vollumfänglich rehabilitiert wurden. Noch lebende ehemalige „Werwölfe“, sicher ebenso subjektiv und quellenkritisch einzuordnen wie die NKWD-Verhörprotokolle, kamen im Rahmen des Workshops nicht zu Wort – ihre Perspektive fehlt. So blieb alles „beim Alten“. Die Positionen der „Verurteiler vs. Verteidiger“ der „Werwölfe“ sind, zumindest aktuell, nur schwer vermittelbar.

Es bedarf weiterer Forschung, die unideologisch, empathisch und mit Beteiligung noch lebender Zeitzeugen betrieben werden muss. Wie sonst sollte über Entscheidungsparameter, Werdegänge, Schicksale und die Einordnung junger Menschen befunden werden, die in einem mörderischen System sozialisiert wurden und deren Handlungsspielräume streng unter den Bedingungen der Zeit zu betrachten sind?

Der Leitung der Gedenkstätte Sachsenhausen sei empfohlen, den Fußweg zum Speziallager nebst Dokumentationszentrum anhand von Wegschildern deutlich zu machen, damit Besucher dort auch hingelangen. Derzeit könnte die Dokumentation dieser Epoche deutscher Nachkriegsgeschichte schlicht übersehen werden.

Dr. Peter Keup



Gedenktafel für die Opfer des Speziallagers Sachsenhausen. Foto: UOKG

Hinterhältig ermordet vor 50 Jahren – Gedenkveranstaltungen für Michael Gartenschläger in Büchen und Schwerin



Am Ehrengrab von M. Gartenschläger in Schwerin. Foto: Felix Holtschke, VOS

An der ehemaligen innerdeutschen Grenze zwischen Büchen und Greven, von Navigationsgeräten oft kaum zu finden, steht ein Edelstahl-Kreuz für Michael Gartenschläger. Geboren am 13. Januar 1944, wurde er nur 32 Jahre alt und starb an genau dieser Stelle vor 50 Jahren, jedoch keineswegs eines natürlichen Todes.

In der Nacht zum 1. Mai 1976 streckten ihn Kalaschnikow-Salven nieder. Die Mörder führten einen Stasi-Befehl aus, um den Mann zu eliminieren, der zum dritten Mal versuchte, eine Selbstschussanlage (SM-70) zu demontieren. Er wollte der Welt die Unmenschlichkeit der Grenze beweisen. Durch Verrat im Westen wusste das Stasi-Spezialkommando vom Vorhaben und machte kurzen Prozess. Seine Leiche wurde geheim nach Schwerin verschleppt und anonym vergraben. Erst nach der Wende wurde sein Grab auf dem Waldfriedhof zum Ehrengrab.

Zum 50. Jahrestag luden der Freundeskreis Michael Gartenschläger und der Landesbeauftragte für die Aufarbeitung der SED-Diktatur Mecklenburg-Vor-

pommern Burkhard Bley zu einer Gedenkfeier ein. Etwa 40 Gäste, darunter Opfer des SED-Regimes und Politiker, versammelten sich, um des mutigen Freiheitskämpfers zu gedenken.

Die Begrüßungsansprache hielt Wolfgang Wiese, Vorsitzender des Freundeskreises und VOS-Landesvorsitzender für Hamburg und Schleswig-Holstein. Er, der Gartenschläger noch persönlich kannte, enthüllte einen Gedenkstein mit dessen Botschaft:

„Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht.“

Weitere Redner waren Burkhard Bley (Landesbeauftragter MV), Jette Waldinger-Thiering (Vizepräsidentin SH-Landtag), Landrat Dr. Christoph Mager, Michael Schulz als Regionalbeauftragter der UOKG sowie Felix Holtschke für den VOS-Bundesvorstand. Alle würdigten seinen unerschrockenen Kampf gegen das DDR-Unrechtssystem. Umrahmt wurden die Reden durch Harfenmusik der Ukrainerin Elena Lavrentev. Nach einer Gedenkminute am Kreuz erklangen über Lautsprecher die Schöneberger Freiheitsglocke und der Freiheitsschwur:

„Ich glaube an die Unantastbarkeit und die Würde jedes einzelnen Menschen...“

Das Gedenken fand am Nachmittag auf dem Schweriner Waldfriedhof seinen würdigen Abschluss. An Gartenschlägers Ehrengrab trafen sich einige Bürger, darunter Jochen Schmidt (LpB MV), zur Kranzniederlegung. Der bewegende Tag endete auch hier mit einer Schweigeminute. Vielen Dank an alle Teilnehmenden!

Felix Holtschke, VOS



Gedenkkreuz für M. Gartenschläger in Büchen. Foto: Felix Holtschke, VOS

Veranstaltungen

Tagung „Arbeit, Gewalt und Zwang – Industriekultur und Verantwortung“ in Halle (Saale)

Die Aufarbeitung der SED-Diktatur und insbesondere die systematische Ausbeutung politischer Häftlinge bleiben ein zentrales Anliegen der UOKG. Einen wichtigen wissenschaftlichen und erinnerungskulturellen Beitrag zu diesem Diskurs leistete die interdisziplinäre Tagung „Arbeit, Gewalt und Zwang – Industriekultur und Verantwortung“, die am 20. und 21. November 2025 im Salinemuseum in Halle (Saale) stattfand.

Die unter anderem vom Landesheimatbund Sachsen-Anhalt, dem Institut für Landesgeschichte sowie der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt veranstaltete Konferenz beleuchtete die dunklen Seiten der industriellen Entwicklung in der Region.

Industriekultur wird in der Öffentlichkeit häufig als reine Fortschrittsgeschichte wahrgenommen. Die Tagung in Halle setzte hier einen notwendigen Kontrapunkt und stellte die essenzielle Frage, wie die negativen Folgen und Voraussetzungen von industrieller Entwicklung in ein integratives Narrativ der Industriekultur in Sachsen-Anhalt eingebettet werden können.

Das thematische Umfeld der Konferenz umfasste dabei weite Teile der strukturellen Gewalt in der Arbeitswelt. So wurden in unterschiedlichen Panels die Arbeits- und Gewaltverhältnisse von der Kaiserzeit über den Ersten und Zweiten Weltkrieg bis hin zur SED-Diktatur thematisiert.

Für die UOKG und ihre Mitgliedsverbände war im Rahmen der zweitägigen Konferenz insbesondere das Panel zur „Strafgefangenenarbeit in der DDR“ von herausragender Bedeutung. Die Wirtschaft der SED-Diktatur war zur Erfüllung ihrer Pläne und zur



Tagungsort Salinemuseum in Halle (Saale). Foto: UOKG

Generierung dringend benötigter Devisen massiv auf den systematischen Einsatz von Inhaftierten angewiesen – auch politischen.

Dr. Christian Sachse, langjähriger wissenschaftlicher Mitarbeiter und Beauftragter der UOKG für die

„Das Narrativ der Industriekultur muss in Zukunft zwingend die Perspektive der Opfer inkludieren.“

Aufarbeitung von Zwangsarbeit, analysierte in seinem Vortrag, wie das SED-Regime politische Häftlinge in den Schlüsselindustrien der Bezirke Halle und Magdeburg gezielt zur Zwangsarbeit heranzog und extrem belastenden Arbeitsbedingungen aussetzte.

Der Historiker Justus Vesting präsentierte tiefgehende Analysen über den Einsatz von Strafgefangenen und Bausoldaten im sogenannten „Chemiedreieck der DDR“ Bitterfeld - Buna - Leuna.

Die auf der Tagung in Halle vorgestellten wissenschaftlichen Erkenntnisse sind für die UOKG weit mehr als nur ein akademischer Rückblick; sie bilden das unverzichtbare Fundament für die aktuelle gesellschaftspolitische Arbeit des Verbandes. Die detaillierte Erforschung der Zwangsarbeit liefert die essenzielle Grundlage für konkrete Entschädigungsforderungen an Politik und Wirtschaft.

Die Tagung hat somit ein starkes Signal gesendet: Das Narrativ der Industriekultur muss in Zukunft zwingend die Perspektive der Opfer inkludieren.

Die UOKG wird die historische Forschung weiterhin entschlossen nutzen, um erlittenes Unrecht beim Namen zu nennen, die öffentliche Erinnerung an die Betroffenen wachzuhalten und die historische Verantwortung von Unternehmen in der Gegenwart konsequent einzufordern.

Sebastian Sachse

[\[www.tinyurl.com/nl260102\]](http://www.tinyurl.com/nl260102)

Mitgliedsverbände der UOKG

Anlauf- und Beratungsstelle für Menschen mit Heimerfahrung e. V. - UNSER HAUS Berlin

Anti-D Geschädigte Interessengemeinschaft Wandlitz, Brandenburg & Leipzig, Sachsen

Arbeitsgemeinschaft Fünfeichen Neubrandenburg, Mecklenburg-Vorpommern

Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen 1945-1950 e. V. Berlin

Aufarbeitungsinitiative Zwangsaussiedlungen (AIZ) Berlin

BdV - Bund der Vertriebenen e. V. Bonn, NRW

Cottbuser Häftlingsgemeinschaft Cottbus, Brandenburg

DDR-Museum Pforzheim - Gegen das Vergessen e. V. Pforzheim, Baden-Württemberg

Doping-Opfer-Hilfe e. V. Berlin

Durchgangsheim Kindergefängnis Bad Freienwalde n. e. V. Fürstenwalde, Brandenburg

Fördergemeinschaft Recht & Eigentum e. V. Neustadt (Dosse), Brandenburg

Forum für politisch verfolgte und inhaftierte Frauen der SBZ/DDR Diktatur e. V. Berlin

Freiheit - Förderverein Gedenkstätte Andreasstraße e. V. Erfurt, Thüringen

Gedenk- und Begegnungsstätte ehemaliges KGB-Gefängnis Potsdam e. V. Potsdam, Brandenburg

Gedenkort Neubrandenburger Lindenberg - Stasi Untersuchungshaftanstalt e. V. Neustrelitz, Mecklenburg-Vorpommern

Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden - Erkenntnis durch Erinnerung e.V. Dresden, Sachsen

Gründungsinitiative Stiftung Königsheide e. V. Berlin

Initiative verfolgter Schüler und Studenten Berlin

Initiativgruppe Internierungslager Jamlitz e. V. Lieberose, Brandenburg

Initiativgruppe Internierungslager Ketschendorf e. V. Fürstenwalde, Brandenburg

Initiativgruppe Lager Mühlberg e. V. Mühlberg (Elbe), Brandenburg

Initiativgruppe NKWD-Lager Tost/Oberschlesien 1945 Hamburg

Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge e. V. (IEDF) Mannheim, Baden-Württemberg

Interessengemeinschaft ehemaliger politischer Brandenburger Häftlinge Brandenburg, Brandenburg

Interessengemeinschaft Zwangsausgesiedelter Sachsen-Anhalt e. V. Berlin

Internationale Gemeinschaft für Menschenrechte e. V. (IGFM) Frankfurt/Main

Lagergemeinschaft Workuta/GULag Sowjetunion e. V. Berlin

Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis e. V. Chemnitz, Sachsen

Menschenrechtszentrum Cottbus Cottbus, Brandenburg

OvZ-DDR e. V. - Hilfe für Opfer von DDR-Zwangsadoptionen Berlin

PatriaYVida e. V. Dresden, Sachsen

Stiftung DDR-Zwangsarbeit e. V. Berlin

Süddeutscher Freundeskreis Hoheneckerinnen Rottenburg, Baden-Württemberg

Verband politisch Verfolgter des Kommunismus e. V. (VPVVK) Berlin

Verein zur Förderung der Projektwerkstatt „Lindenstraße 54“ e. V. Potsdam, Brandenburg

VOK Deutschland e. V. - Vereinigung der Opfer des Kommunismus Wittenberge

VOS - Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V. Berlin

Assoziierte

Ehemalige Politische Häftlinge in der CDU

Ehemalige Politische Häftlinge in der SPD

Impressum

Vorstand

Bundesvorsitzender: Dieter Dombrowski
dombrowski@uokg.de

Stellvertreter: Christoph Fichtmüller
fichtmueller@uokg.de

Stellvertreterin: Carla Ottmann
ottmann@uokg.de

Ehrenvorsitzende: Roland J. Lange, Ernst-Otto
Schönemann, Horst Schüler (†), Gerhard Finn (†)

Beisitzer: Inge Bennewitz
bennewitz@uokg.de

Konstanze Helber
helber@uokg.de

Felix Heinz Holtschke
holtschke@uokg.de

Sybille Krägel
kraegel@uokg.de



Der Vorstand der UOKG. Foto: UOKG

Die UOKG im Internet

Wir sind regelmäßig in den Sozialen Medien präsent. Bitte folgen und abonnieren Sie uns, bitte teilen und kommentieren Sie die Beiträge der UOKG. **Erzählen Sie es weiter!**

So helfen Sie uns, mit Ihren und unseren Anliegen im Internet sichtbar zu werden. Danke!
Dies sind unsere Kanäle:

www.uokg.de

YouTube



[@uokgnews](https://www.youtube.com/@uokgnews)

facebook



[uokgev](https://www.facebook.com/uokgev)

Instagram



[uokgev](https://www.instagram.com/uokgev)

LinkedIn



[uokgev](https://www.linkedin.com/company/uokgev)

Regionalbeauftragte

Baden-Württemberg: Konstanze Helber
helber@uokg.de

Bayern: Dr. Michael Gleau
gleau@uokg.de

Brandenburg: Roland Lange
andreas37@uokg.de

Norddeutschland: Michael M. Schulz
schulz@uokg.de

Nordrhein-Westfalen: Dr. Christian Fuchs
fuchs@uokg.de

Rheinland-Pfalz: Elke Schlegel
schlegel@uokg.de

Sachsen: Gerhard Bause
bause@uokg.de

Thüringen und Sachsen-Anhalt: Klaus Wolf
wolf@uokg.de

Beauftragter für die UOKG-Wanderausstellung:
Alexander W. Bauersfeld
info@uokg.de

Kontaktdaten

Union der Opferverbände
Kommunistischer Gewaltherrschaft e. V.

Bundesgeschäftsstelle
Ruschestraße 103, Haus 1, Etage 6
10365 Berlin Lichtenberg

Tel.: 030 55 77 93 51
Fax: 030 55 77 93 40

E-Mail: info@uokg.de

Spendenkonto

Deutsche Bank Berlin
IBAN: DE79 1001 0024 0734 2728 00
BIC: DEUTDE33HAN
Für: UOKG e. V.

Impressum

Newsletter herausgegeben von der Geschäftsstelle der UOKG. Die UOKG informiert damit ihre Mitgliedsverbände und alle interessierten Leserinnen und Leser.

Redaktion: Sebastian Sachse
Fotos UOKG: Lucas Hütter, Sebastian Sachse, Sandra Czech
Layout: Sebastian Sachse
Redaktionsschluss: 3. Juni 2026

Copyright 2026 UOKG e. V.